



# Newsletter der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe: 20. WP/23-15 vom 19. Dezember 2023

**Philipp Amthor MdB**  
Vorsitzender der Landesgruppe  
Mecklenburg-Vorpommern

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T 030 227 77692  
F 030 227 76692

philipp.amthor@bundestag.de  
www.cducusu.de

## Beiträge von Dietrich Monstadt MdB



**Dietrich Monstadt MdB** ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und im Sportausschuss.

## Halbzeitbilanz – Bericht aus dem Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Bisherige politische Entwicklungen, Beschlüsse und Maßnahmen der Regierungskoalition im Themenbereich Ernährung und Landwirtschaft reichen nicht aus. In Zeiten großer internationaler Konflikte und Bedrohungen, aber auch enormer ökonomischer und ökologischer Herausforderungen muss die Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik gestärkt, und auf Grundlage von Fakten gehandelt werden.

Diskutiert wurde u.a. das Lebensmittelwerbeverbot, das auf den Schutz für Kinder vor zu viel Zuckerkonsum abzielen sollte. Erfasst wurden in dem Entwurf aber auch Lebensmittel, die niedrige Grenzwerte von Zucker aufweisen und nicht als Süßigkeit klassifiziert wurden.

Im Umgang mit dem Wolf wird von der Koalition eine bundesrechtliche Verschärfung für ein vorbeugendes Bestandsmanagement zur Begrenzung der



Wolfspopulationen gescheut, was den Weidetierhaltern und Menschen im ländlichen Raum nicht gerecht wird.

Auch Maßnahmen zur Förderung des Tierwohls sind bisher nur vereinzelt getroffen worden; eine Haltungskennzeichnung beschränkt sich zunächst auf frisches Schweinefleisch aus deutscher Haltung. Durch fehlende Förderperspektiven und eine dauerhafte Finanzierung wird es den Tierhaltern erschwert, höhere Handlungsstandards durch z.B. Stallumbau umzusetzen.

Die EU-Kommission kündigte eine Verlängerung zur Verwendung von Glyphosat im landwirtschaftlichen Bereich um weitere zehn Jahre an. Demnach wird der Einsatz von Glyphosat in der EU damit bis 2033 unter Bedingungen erlaubt.

Der Entwurf des Bundeswaldgesetzes wurde von Waldeigentümern, der Forstwirtschaft und der Wissenschaft abgelehnt. Aufgrund des Klimawandels soll ein deutschlandweiter Standard für die Waldbewirtschaftung geschaffen werden, damit die Transformation beim „Waldumbau“ künftig gelingt. Die Bedingungen des Entwurfs sind jedoch umstritten, offene und zu diskutierende Fragen gibt es genug.

Innovationen und notwendige Impulse in der Land- und Ernährungswirtschaft fehlen bislang, sind jedoch notwendig, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten und dem Klimawandel gestärkt entgegenzutreten.

\* \* \*